



# PRESSESPIEGEL

43. KW und 44. KW 2022

## Wählscheiben-Telefon im Einsatz

Mitglieder der Budesheimer Minifeuerwehr stellen sich Tatzten-Prüfung

**Schöneck** – Sieben Mitglieder der Budesheimer Minifeuerwehr haben erfolgreich ihren Ausbildungsstand unter Beweis gestellt und wurden deshalb mit dem Tatzten-Abzeichen geehrt.

Die Nachwuchsförderung ist für jeden Verein besonders wichtig. Dies gilt natürlich auch für die Freiwilligen Feuerwehren, schließlich sollen hier die Brandschützer von morgen herangezogen werden. Neben den Jugendfeuerwehren für Kinder und Jugendliche ab zehn Jahre gibt es deshalb auch immer mehr Mini- oder Kinderfeuerwehren ab sechs Jahre. Auch die Budesheimer Feuerwehr unterhält seit nun zehn Jahren ihre eigene Minifeuerwehr, die Feuersalamander.

Wie die großen Brandschützer müssen die Minis immer wieder beweisen, wie gut sie ausgebildet sind. Dazu dienen bei den Minis die sogenannten Tatzten-Prüfungen, bei denen die Kinder vier verschiedene Abzeichen des Landesfeuerwehrverbands bekommen können.

Sieben der Budesheimer Feuersalamander haben kürzlich verschiedene Stufen der Tatzte absolviert. Dabei durchliefen die Minibrandschützer im Budesheimer Gerätehaus verschiedene Stationen mit Aufgaben. So mussten die Kinder beispielsweise Feuerwehrknoten beherrschen, die persönliche Schutzausrüstung aufzählen oder die Aufgaben der Feuerwehr benennen können.

Auch das richtige Verhal-

ten im Brandfall wurde geprüft. So mussten die Nachwuchsbrandschützer an einer Station beweisen, dass sie einen Notruf absetzen können.

Als größte Herausforderung hierbei stellte sich nicht das Gespräch mit der Übungsleitstelle heraus, sondern die Bedienung eines der Übungstelefone mit Wählscheibe.

An einer anderen Station ging es um das Feuer selbst. Hier musste sicher eine Kerze entzündet werden und Fragen geklärt werden wie: Was ist eigentlich Feuer und was sind die Voraussetzungen für

einen Brand? Oder welche Stoffe sind brennbar und welche nicht? Dieses chemische Grundwissen hilft dabei, die richtige Löschrategie bei verschiedenen Brandklassen auszuwählen.

Diese und noch einige weitere Stationen bewältigten die sieben Teilnehmer problemlos. Besonders Minifeuerwehrwartin Ines Breining freute sich darüber, wie viel Wissen ihre Schützlinge von den diversen Unterrichten des vergangenen Jahres mitgenommen haben.

Entsprechend konnte die erfolgreiche Abnahme der

Tatzte-Prüfung mit einer kleinen Grillfeier abgeschlossen werden. Dabei durfte die feierliche Übergabe der Teilnahmeurkunden sowie der Tatzten-Anstecker natürlich nicht fehlen. In Vertretung von Bürgermeisterin Conny Rück übernahm dies Monika May, die sowohl die Nachwuchsbrandschützer als auch deren Betreuer für Ihre Arbeit lobte. Die beiden Jugendabteilungen sowie die Einsatzabteilung Budesheim suchen ständig neue Mitglieder. Weitere Informationen gibt es unter [www.feuerwehr-schoeneck.de](http://www.feuerwehr-schoeneck.de). upn



# Bündnis sieht keinen Willen zu Mediation

**RECHENZENTRUM** Kritik an Offenlegung des Bebauungsplans / Klage in Vorbereitung

Schöneck – Als „Augenwischerei“ bezeichnet das Bündnis lebenswertes Schöneck das Angebot für Mediationsgespräche zum geplanten Rechenzentrum in Kilianstädten, das von den Gemeindevertretern in der Sitzung am 6. Oktober auf FDP-Antrag beschlossen wurde. „Gleichzeitig hat es die Gemeinde aber abgelehnt, die notwendigen Voraussetzungen für ernsthafte Gespräche zu schaffen“, schreibt das Bündnis in einer aktuellen Mitteilung. „Insbesondere wurde es abgelehnt, das laufende Verfahren zum Bebauungsplan vorübergehend auszusetzen oder die Frist für die Einwendungen gegen den Bebauungsplan zu verlängern. Das bedeutet, die Gemeindevertreter machen mit ihren Plänen zum Rechenzentrum munter weiter, gehen weitere rechtliche Schritte und schaffen Tatsachen.“

Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) habe das Festhalten am Verfahren damit begründet, dass der Investor Planungssicherheit brauche. „Das ist so, als würde man einen Waffenstillstand vereinbaren, um miteinander ins Gespräch zu kommen, gleichzeitig führt aber eine Seite ihre Aktionen einfach weiter und schafft Tatsachen“, findet das Bündnis. „Wenn man seinen Gesprächspartner ernst nimmt und ergebnisoffene Gespräche führen will, schafft man nicht vor Beginn der Gespräche unveränderliche rechtliche Tatsachen und schon gar keine Planungssicherheit für den Investor.“

Die Schaffung der Tatsachen finde mit der Offenlegung des Bebauungsplans am gestrigen Montag ihre Fortsetzung. Das Bündnis ruft daher alle Bürger auf, ihre Einwendungen (Argumente, Sorgen, Vorbehalte) gegen den Bebauungsplan für das geplante Rechenzentrum vorzubringen und an die Gemeinde zu senden. Zudem plane das Bündnis diverse Aktionen in allen drei Ortsteilen, um die Bürger auf die Einwendungsmöglichkeit und die Frist dafür bis zum 24. November hinzuweisen. So würden Plakate aufgehängt und Flyer sowie Vordrucke für die Einwendungen an die Haushalte verteilt.

Außerdem wollen die Mitglieder des Bündnisses auch persönlich für Fragen der Bürger zur Verfügung stehen und beim Erstellen der Einwendungen helfen (siehe Infokasten).

## Initiative zu ersten Gesprächen bereit

Da angesichts der Offenlegung des Bebauungsplans aus Sicht des Bündnisses „keine wirklich ergebnisoffenen Gespräche bezüglich dem geplanten Bau des Rechenzentrums durch die Gemeinde beabsichtigt sind“, bereite sich das Bündnis „vorsorglich schon jetzt auf den nächsten Schritt vor, nämlich eine Klage gegen den Bebauungsplan“. Die Bürger werden gebeten, diesen Schritt durch eine Spendenzusage oder eine Spende zu unterstützen. Dafür werden bei den ange-

kündigten Terminen Spendenboxen aufgestellt. Eine Spendenzusage wäre erst dann einzulösen, wenn die Klage tatsächlich erhoben werde, erklärt das Bündnis.

Was die Mediation betreffe, so habe sich die Gemeinde bislang nicht an die Mitglieder des Bündnisses gewandt. „Selbstverständlich wird das Bündnis lebenswertes Schöneck an Mediationsgesprächen teilnehmen, falls solche tatsächlich noch stattfinden sollten“, kündigt das Bündnis an. „Und selbstverständlich wird das Bündnis alles versuchen, um eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu suchen.“

Aber: „Wir erwarten, dass man uns ernst nimmt. Wir stehen nicht zur Verfügung, sollte es darum gehen, die Bürger mit Hilfe einer Mediation ruhig zu stellen und ihnen das Gefühl zu geben, ihre Sorgen und Argumente würden angeblich ernst genommen, während hinter den Kulissen das Verfahren für die endgültige Verabschiedung des Bebauungsplans einfach weiterläuft. Aktuell bestehen beträchtliche Zweifel daran, ob die Gemeinde in Bezug auf ihre 'kritischen' Bürger tatsächlich ernsthafte Gespräche aufnehmen wird oder ob die geplante Mediation nur eine Augenwischerei für die Bürger sein wird, die mit teuren Steuergeldern bezahlt werden wird.“

Und weiter: „Möge die Gemeinde zur Tat schreiten, die Mediation beginnen und das Verfahren des Bebauungsplans bis zur Beendigung der Mediation aussetzen!“ jow

## Informationen für Bürger zu Offenlegung

Die Mitglieder des Bündnisses lebenswertes Schöneck sind bis zum **Ende der Offenlegungsfrist** zum Bebauungsplan des Gewerbegebiets Kilianstädten Nord II **am 23. November** an folgenden Orten anzutreffen:

- Samstags von 9 bis 12 Uhr, Kilianstädten Rewe / Bäckerei Schmidt
- Mittwochs von 10 bis 12 Uhr, Büdesheim Wochenmarkt
- Mittwochs von 16 bis 18 Uhr, Kilianstädten Wochenmarkt
- Montags von 18 bis 20 Uhr, Oberdorfelden, Taverna Sula (außer am 31. Oktober)

Die **Einwendungen können mit einfachem Brief** bei der Gemeinde vorgetragen werden und jeder kann daran teilnehmen, also auch Bürger, die nicht in Schöneck wohnen. Die Briefe

müssen lediglich mit Namen und Adresse des Absenders versehen und an die Gemeinde geschickt werden. Die Bürger können darin alle ihre Vorbehalte gegen die Pläne der Gemeinde vorbringen. Die Einwendungen müssen bis spätestens zum 24. November im Briefkasten der Gemeinde liegen. Bei Aufgabe zur Post muss der **Postlauf von etwa zwei Tagen** mitgerechnet werden. Die Bürger können ihre vorbereiteten Schreiben auch bis zum 23. November in die **Sammelboxen** werfen, die das Bündnis in diversen Schönecker Geschäften aufstellen wird. In den Geschäften werden ebenfalls Vordrucke für die Einwendungen ausliegen. Informationen zur Offenlegung sind auch auf der **Internetseite der Gemeinde Schöneck** zu finden. jow

## Parteien kontern Bündnis-Kritik an Rechenzentrum

**Schöneck** – Im Nachgang der Bürgerversammlung am 26. September zum geplanten Rechenzentrum beziehen die Parteien von FWG, CDU, FDP und WAS in einer gemeinsamen Erklärung Stellung zu den fünf Hauptkritikpunkten des Bündnisses lebenswertes Schöneck.

**1. „Lebensgrundlage Boden wird entzogen“:** Die Firma Hetzner online GmbH entwickle sich schrittweise, so die Parteien. Bis zum Endausbau im Jahr 2035 blieben die unbebauten Flächen in landwirtschaftlicher Nutzung, ebenso die Ausgleichsflächen.

**2. „Wasser kann nicht mehr versickern, wird entzogen“:** Die Parteien verweisen hierzu auf ein Gutachten des Ingenieurbüros Müller aus Schöneck. Eine meterhohe Lehmschicht hindere das Oberflächenwasser an tieferer Versickerung, so dass die Fläche nur einen 1,4-prozentigen Einfluss auf die Wasserverhältnisse des „Hellerborner Bach“ habe.

**3. „Abwärmenutzung“:** Die Firma Hetzner habe mehrfach bestätigt, dass sie die Abwärme, die aufgrund des Systems „nur sehr geringe Temperaturen von ca. 30 bis 35 Grad“ habe, „der Nutzung kostenneutral zur Verfügung stellen“ werde. Die Verwaltung habe angekündigt, die Möglichkeit der Abwärmenutzung zu prüfen. Allerdings würden in den ersten Jahren nur deutlich geringere Abwärmemengen zur Verfügung stehen.

**4. „Finanzielle Rentabilität, Risikostreuung, Folgekosten“:** Die Firma Hetzner habe ihre Umsätze seit 2016 genannt, im Zuge der Digitalisierung erscheine die „Rechenzentrumsbranche aktuell als eine der sichersten“. Aufgrund der Verteilung der Gewerbesteueraufkommen auf die Standorte in Abhängigkeit der Lohnsummen vor Ort, sei von Beginn an mit Gewerbesteuer zu rechnen. In der ersten Phase sei mit 20 bis 30 Arbeitsplätzen zu rechnen. Damit sei die Rentabilität für die Gemeinde deutlich höher einzuschätzen als bei Einzelunternehmen, die nach dem Bau ihrer Objekte zunächst Abschreibungsmöglichkeiten nutzen würden. Aufgrund der geringen Erschließungsnotwendigkeiten durch die Gemeinde seien die Folgekosten gering. Vorteil der Bauweise von Standardhallen sei deren flexible Folgenutzung. Im Falle einer Insolvenz stehe „ein erschlossener Gewerbepark für anderweitige Nutzung zur Verfügung, „anders als bei sehr spezifischer mehrstöckiger Bauweise“. Höhere Gewerbesteuereinnahmen kämen sowohl der Gemeinde zu Gute als auch übergeordneten Ebenen, etwa zur Finanzierung von Schulen. „Es ist somit zu kurz gedacht, nur den Teil zu betrachten, der ausschließlich in Schöneck verbleibt.“

**5. „Bedrohte Arten“:** Gutachter Dr. Raskin aus Aachen habe festgestellt: Die Gemeinde tue wesentlich mehr zum Feldhamsterschutz als sie gesetzlich verpflichtet wäre. „Ist der Hamster nunmal durch die intensive Landwirtschaft der Vergangenheit immer mehr vom Aussterben bedroht, so werde durch die Ausgleichsflächenplanung und den aufgezwungenen landwirtschaftlichen 'hamsterfreundlichen' Anbau der Zustand des Lebensraums des Hamsters wesentlich gegenüber dem Ist-Zustand verbessert.“ jow

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **26.10.2022**

## Faires Frühstück

### Steuerungsgruppe informiert über Weg zur „Fairtrade Town“ und nachhaltigen Handel

**Schöneck** – Die Vielfalt ist groß und reicht von Kaffee und Bananen bis hin zu Honig und Saft. Zudem verbessern Fairtrade-Produkte die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Produzenten. Die gemeindliche Steuerungsgruppe „Fairtrade Town“ in Schöneck informierte während eines Frühstücks mit fair gehandelten Produkten über die Möglichkeit des fairen Handels und über Nachhaltigkeit. Dabei präsentierten die Mitglieder der Steuerungsgruppe auch fair gehandelte Textilien.

Bereits 2019 fasste die Gemeindevertretung einstimmig den Grundsatzbeschluss, dass Schöneck zu den „Fairtrade Towns“ gehören möchte. Seitdem hat sich die Kommune mit diversen Aktionen auf den Weg gemacht. Schirmherrin der Steuerungsgruppe ist Bürgermeisterin Conny Rück. „In der heutigen Zeit ist es besonders wichtig zu wissen, woher die Lebensmittel und Textilien kommen“, sagt sie. Schöneck reiht sich damit bald in die mittlerweile 800 existierenden „Fairtrade Towns“ in Deutschland ein. Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft machen sich gemeinsam und lokal für den fairen Handel stark.

Claudia Ditzel, Mitglied der Steuerungsgruppe und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, arbeitet auch ehrenamtlich im Eine-Welt-Laden in Kilianstädten. Ein Stand am Schönecker Weihnachtsmarkt in Kilianstädten bietet fair gehandelte Waren, darunter Schokoladenprodukte für Kinder. Konfirmanden und Jugendgruppen sollen mit einer Projekteinheit beteiligt werden.

Der Eine-Welt-Laden startete vor etwa 25 Jahren in Kilianstädten am Rathausplatz, zog dann an das Backhaus nach Oberdorfelden und schließlich an den Kranzbergring in Kilianstädten. „Zum nächsten Jahr suchen wir einen neuen Standort“, sagt Ditzel. Der Vermieter habe Eigenbedarf angemeldet. Rück erklärte sich bereit, die Suche nach einem geeigneten Standort zu unterstützen. Barrierefreiheit wäre laut Ditzel wünschenswert.

Neben Dekoartikeln, Textilien und Tischdecken zählen Lebensmittel als Kernprodukt zum Sortiment. Ein Partner ist die Evangelische Kirche mit ausgewählten Fairtrade-Produkten und die Bäckerei Kroh in Oberdorfelden mit einem kleinen Sortiment. Erfolgreiche Aktionen gab es bereits einige, wie eine Fahrradtour von Kilianstädten nach Oberdorfelden mit dem Besuch eines ansässigen Gemüsehändlers. In Büdesheim wurde zudem ein Getränkeshändler mit fair gehandelten Getränken besucht. „2023 soll diese Tour mit anderen Akteuren wiederholt werden“, kündigt Ditzel an.

Um „Fairtrade Town“ werden zu können, müssen diverse Kriterien erfüllt werden. Der erste Schritt war der Beschluss der Gemeindevertreter. Die Bildung der Steuerungsgruppe und die Beteiligung von zwei Gastronomiebetrieben – die Gaststätte im Bürgertreff und das Hotel Lauer – bei einer Größe der Kommune von 12 000 Einwohnern gehört ebenso dazu. Seit längerem besteht auch eine Kooperation mit Vereinen. Parteien verwenden fair gehandelte Produkte bei Geschenkpaketen für die Mitglieder.

Das faire Frühstück der Steuerungsgruppe, das erstmalig in diesem Rahmen stattgefunden hat, soll wiederholt werden. „Der Verzicht auf neue Kleidungsstücke ist gut für die Nachhaltigkeit“, sagt Ditzel. „Wenn etwas Neues gekauft wird, sollte auf faire Textilien geachtet werden. Auch Upcycling liegt im Trend.“ Sie würde gerne einen Workshop mit Teenagern starten, um Kleidung aufzuwerten. Für die Zukunft ist eine faire Kindertagesstätte geplant und die Aufarbeitung des Themas im Religionsunterricht einer Schule.

In einem Clip wurde beim Frühstück zudem über Alternativen zu „Fast Fashion“ informiert. Bei diesem Geschäftsmodell werden die Kollektionen trendbezogen designt und zu niedrigen Preisen produziert.

Immer mehr Menschen treffen jedoch auch bewusste Kaufentscheidungen für fair produzierte und nachhaltige Kleidung. Um Textilien aus diesem Handelsbereich einstufen zu können, gibt es Textilsiegel wie der „Grüne Knopf 2.0“, „Gots“ oder „El Puente“. Jedes Siegel setzt andere Prioritäten, nur wenige begleiten die gesamte Produktionskette. Passend dazu wurden beim Frühstück auch Kleidungsstücke aus dem Eine-Welt-Laden vorgestellt.

Eine-Welt-Laden

Der Eine-Welt-Laden befindet sich noch am Kranzbergring 14 in Kilianstädten, sucht aber neue Räume. Er hat jeden Samstag von 11 bis 14 Uhr geöffnet. Individuelle Besuchstermine können vereinbart werden: Infos unter z 06187 8317 oder per E-Mail an [eine-welt-ev@gmx.de](mailto:eine-welt-ev@gmx.de).



## Bündnis sieht keinen Willen zu Mediation

**SCHÖNECK** Kritik an Offenlegung des Bebauungsplans für Rechenzentrum / Klage in Vorbereitung

Als „Augenwischerei“ bezeichnet das Bündnis lebenswertes Schöneck das Angebot für Mediationsgespräche zum geplanten Rechenzentrum in Kilianstädten, das von den Gemeindevertretern in der Sitzung am 6. Oktober auf FDP-Antrag beschlossen wurde. „Gleichzeitig hat es die Gemeinde aber abgelehnt, die notwendigen Voraussetzungen für ernsthafte Gespräche zu schaffen“, schreibt das Bündnis in einer aktuellen Mitteilung.

„Insbesondere wurde es abgelehnt, das laufende Verfahren zum Bebauungsplan vorübergehend auszusetzen oder die Frist für die Einwendungen gegen den Bebauungsplan zu verlängern. Das bedeutet, die Gemeindever-

treter machen mit ihren Plänen zum Rechenzentrum munter weiter, gehen weitere rechtliche Schritte und schaffen Tatsachen.“

Bürgermeisterin Conny Rück (SPD) habe das Festhalten am Verfahren damit begründet, dass der Investor Planungssicherheit brauche.

„Das ist so, als würde man einen Waffenstillstand vereinbaren, um miteinander ins Gespräch zu kommen, gleichzeitig führt aber eine Seite ihre Aktionen einfach weiter und schafft Tatsachen“, findet das Bündnis. „Wenn man seinen Gesprächspartner ernst nimmt und ergebnisoffene Gespräche führen will, schafft man nicht vor Beginn der Gespräche unveränderliche rechtliche Tatsa-

chen und schon gar keine Planungssicherheit für den Investor.“

Die Schaffung der Tatsachen finde mit der Offenlegung des Bebauungsplans am Montag ihre Fortsetzung. Das Bündnis ruft daher alle Bürger auf, ihre Einwendungen (Argumente, Sorgen, Vorbehalte) gegen den Bebauungsplan für das geplante Rechenzentrum vorzubringen und an die Gemeinde zu senden. Zudem plane das Bündnis diverse Aktionen in allen drei Ortsteilen, um die Bürger auf die Einwendungsmöglichkeit und die Frist dafür bis zum 24. November hinzuweisen. So würden Plakate aufgehängt und Flyer sowie Vordrucke für die Einwendungen an die Haushalte ver-

teilt. Außerdem wollen die Mitglieder des Bündnisses auch persönlich für Fragen der Bürger zur Verfügung stehen und beim Erstellen der Einwendungen helfen (siehe Infokasten).

Da angesichts der Offenlage des Bebauungsplans aus Sicht des Bündnisses „keine wirklich ergebnisoffenen Gespräche bezüglich dem geplanten Bau des Rechenzentrums durch die Gemeinde beabsichtigt sind“, bereite sich das Bündnis „vorsorglich schon jetzt auf den nächsten Schritt vor, nämlich eine Klage gegen den Bebauungsplan“.

Die Bürger werden gebeten, diesen Schritt durch eine Spendenzusage oder eine Spende zu unterstützen. Dafür werden bei

den angekündigten Terminen Spendenboxen aufgestellt. Eine Spendenzusage wäre erst dann einzulösen, wenn die Klage tatsächlich erhoben werde, erklärt das Bündnis.

Was die Mediation betreffe, so habe sich die Gemeinde bislang nicht an die Mitglieder des Bündnisses gewandt. „Selbstverständlich wird das Bündnis lebenswertes Schöneck an Mediationsgesprächen teilnehmen, falls solche tatsächlich noch stattfinden sollten“, kündigt das Bündnis an. „Und selbstverständlich wird das Bündnis alles versuchen, um eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu suchen.“ Aber: „Wir erwarten, dass man uns ernst nimmt.“ jow

## CDU fordert mehr Gehalt für Kita-Personal

Wettbewerb mit Nachbarkommunen

Schöneck – Bereits vor der Sommerpause hatte die CDU Schöneck das Thema Kinderbetreuung auf ihrer Agenda. „Mit Sorge beobachteten wir, dass der Fachkräftemangel auch in Kitas unserer Gemeinde ein Thema ist“, schreibt die Fraktionsvorsitzende Carina Wacker. „In Kilianstädten wurde in der Kita Waldwiese eine U3-Gruppe vorübergehend geschlossen, die evangelische Kita konnte im neuen Kindergartenjahr weniger Kinder aufnehmen und bei den Nidderstrolchen wurde zunächst eine Gruppe nicht eröffnet.“

Der Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung der Gemeinde Schöneck, Alexander Jung, und dessen Stellvertreterin Yvonne Gräser berichteten in einer Fraktionssitzung der CDU über den aktuellen und zukünftigen Personalbedarf. Mit Bewerbungstagen, einem Schnellbewerbersystem auf der Homepage und dem Angebot für Quereinsteiger zur Ausbildung als Erzieher, sollen Fachkräfte gewonnen werden.

Wie eine Anfrage der CDU ergab, könnte die Gemeinde Schöneck 460 Kindergartenplätze bereitstellen, wovon aufgrund des Personalmanagements nur etwa 400 Betreuungsplätze zur Verfügung stehen (Stand Juli). „Wir be-

grüßen sehr, dass die Gemeindeverwaltung und das Kita-Personal gute Lösungsansätze präsentieren, um mehr Fachkräfte zu gewinnen“, so Kristina Jung, die im Sozialausschuss mitarbeitet. „Leider haben aktuell noch immer rund 40 Schönecker Kinder keinen Kita-Platz.“

Und Wacker bekräftigt: „Wenn in Hanau, Maintal, Bad Vilbel und womöglich auch bald in Nidderau höhere Gehälter für Erzieherinnen und Erzieher gezahlt werden, verliert unsere Gemeinde für diese Fachkräfte deutlich an Attraktivität.“

Wackers Fazit: Schöneck müsse den Kita-Fachkräften mehr bezahlen, um sie zu halten und neue hinzuzugewinnen. Selbst bei angespannter Haushaltslage müsse das Geld entsprechend bereitgestellt werden. „Schönecker Familien brauchen mehr Kita-Plätze und Kinder von Anfang an ein qualitativ gutes Bildungs- und Betreuungsangebot in unseren Kitas. Wir wollen das Gehalt der Erzieherinnen und Erzieher in Schöneck an das der umliegenden Städte anpassen. Dafür sind wir bereit, andere Projekte hintenanzustellen. Einen entsprechenden Antrag werden wir in der kommenden Gemeindevertretersitzung stellen.“ jow



## Mit dem Pilgerstab auf Wanderschaft

Broschüre der Bonifatius-Route neu aufgelegt / Zur Planung und als Wegbegleiter geeignet

Nidderau/Schöneck – Eine junge Frau inmitten blühender Wiesen blickt in die Weite der Landschaft. In ihrem Rücken ein Rucksack und ein Wanderstab. Dieses Bild hat der Verein Bonifatius-Route für die Titelseite der Neuauflage seiner mehr als 60-seitigen Broschüre „Auf Spurensuche . . . von Mainz nach Fulda“ gewählt. Ein Foto, das Ruhe ausstrahlt, anregt zum Innehalten, zum Verweilen und Wahrnehmen – sowohl der Landschaft, wie der Texte und Fotos der Broschüre.

Auf der „Boni-Route“, die auch durch Nidderau und Schöneck führt, könnte man zwar auch auf rund 180 Kilometern „Strecke machen“, doch das ist laut einer Mitteilung nicht die Intention des

Vereins. Vielmehr möchte er anregen, die Landschaft entlang der Route ganz vielfältig wahrzunehmen.

Die Bonifatius-Route verbindet die Domstädte Mainz und Fulda. Sie zeichnet den Weg nach, den der Leichenzug des Heiligen Bonifatius im Jahr 754 nahm. Der beliebte Pilger- und Wanderweg startet in Mainz, passiert die Weinberge des Rheingaus, die Felder der Wetterau, führt über die Höhen und Täler des Vogelsbergs, durch die Dörfer und Weiten des Fuldaer Lands, bis er den Dom zu Fulda erreicht. Dort sind die Gebeine des „Apostels der Deutschen“ aufbewahrt.

So vielfältig die Landschaft ist, so unterschiedlich sind die Orte, die Sehenswürdig-

keiten und die Menschen entlang der „Boni-Route“. Im Rheingau-Ort Hochheim steht die sehenswerte katholische Kirche St. Peter und Paul hoch oben über den Weinbergen. Im Frankfurter Stadtteil Riedberg lädt die Bonifatius-Quelle zur Rast ein. Schriftliche Quellen bezeugen, dass der Leichenzug einst an der nahe gelegenen Krutzenkirche übernachtete.

Im Feld zwischen Büdesheim und Heldenbergen trifft man auf das steinerne Bonifatius-Kreuz. Das mit einem keltischen Knotenmuster verzierte Gedenkkreuz wurde zu Ehren von Bonifatius im Jahr 1909 aufgestellt.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft klösterlichen Lebens können in der Benedik-

tinerinnen-Abtei Kloster Engelthal bei Altenstadt erlebt werden. Im Ortenberger Stadtteil Lißberg entdeckt man die Spuren der mittelalterlichen Schafskirche. In Ilbeshausen steht seit Jahrhunderten die Teufelsmühle, ein sehenswerter Fachwerkbau.

Im Fuldaer Land lädt das Heimatmuseum in Blankehau zum Abstecher ein oder der weithin bekannte Wallfahrtsort Kleinheilighaus bei Großelüder. Wo auch immer man Station macht: Die Texte der sachkundigen Autorinnen und Autoren vermitteln Wissenswertes zu Geschichte und Kultur.

Ob in einer Gruppe unterwegs, oder alleine auf Tour. Ob für einen Tagesausflug jetzt im sonnigen Spätherbst

oder eine mehrtägige Pilgerwanderung: Die neu aufgelegte Broschüre empfiehlt sich sowohl für die Planung der Tour wie als Wegbegleiter. Sie kann beim Verein bestellt werden. jow

### Infos zur Route

Zur Planung der Strecke bietet der Verein Bonifatius-Route verschiedene Wanderpakete an. So kann man sich zu der Broschüre mit einem Stempelausweis, einer Ansteck-Pin oder einem Pilgerschild mit dem Logo der Bonifatius-Route versorgen. Auf der Homepage gibt es auch alle weiteren Informationen zu Übernachtungsmöglichkeiten und zur Wanderkarte des RMV.

» [bonifatius-route.de](http://bonifatius-route.de)



# „Deal“ beendet Mammutverfahren

**AUS DEM GERICHT** Sozial- und Steuerbetrug: Bewährungsstrafen für Ehepaar

VON MICHAEL BELLACK

Maintal/Schöneck/Hanau – Fast sieben Monate dauerte der Prozess, nur rund eine Minute des Plädoyer des Staatsanwalts. Grund dafür: eine verfahrensbeendende Absprache, wie es im Juristendeutsch heißt – also ein „Deal“. Die beiden Angeklagten, ein Ehepaar, das das Kommunale Center für Arbeit in Maintal und das Finanzamt um Beträge in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro geprellt hat, kommen am Ende mit Bewährungsstrafen davon. Und einer stattlichen Geldauflage.

Rückblick: Anfang März dieses Jahres beginnt der Prozess gegen das Ehepaar C. Die zu diesem Zeitpunkt 46 Jahre alte Ehefrau hat über sechs Jahre das Jobcenter in Maintal mit falschen Angaben zu ihren Einkunfts- und Vermögensverhältnissen um einen niedrigen sechsstelligen Betrag geprellt. Für ihre sechsköpfige Familie bezog sie „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“. Diese allerdings wurde zeitgleich von ihrem Mann gesichert.

Der betrieb über das Internet einen florierenden Handel mit hochwertigen Gebrauchtwagen, vornehmlich aus dem Ausland. Für die Geschäfte nutzte er Scheinfirmen im Ausland und Strohmannen, gab falsche Personalien an, unter anderem auch die seiner Eltern. Steuern zahlte der Mann jedoch nicht. Weder eine Umsatzsteuer für sein „Business“ noch seine persönliche Einkommenssteuer. Nach eini-

gen Jahren wächst die Summe auf mehrere Hunderttausend Euro an.

## Ehepaar kauft sich Immobilien im Ausland

Seine Frau kassierte derweil fleißig vom Arbeitsamt ab. Als die Mitarbeiter von einem Verfahren gegen ihren Mann wegen Steuerhinterziehung erfahren, erklärt die Frau dreist, nicht mehr mit ihrem Mann zusammenzuleben. Das Geld fließt weiter. Mit dem ergaunerten Geld finanziert das Ehepaar nicht

nur seinen Lebensunterhalt, sondern auch Immobilien im europäischen Ausland. Eine Eigentumswohnung und ein Haus nennen die beiden ihr Eigen.

Eben jenes Haus erweist sich schon zu Prozessbeginn als Knackpunkt. Denn beide Angeklagten hätten sich geständig gezeigt, wenn man sich Vorfeld auf eine Bewährungsstrafe geeinigt hätte. Und darauf, für den finanziellen Schaden keinen Wertersatz einzuziehen. Ein „Deal“, auf den sich die Staatsanwaltschaft auf keinen Fall einlassen wollte.

Mehr als ein halbes Jahr

später kommt dann dennoch ein „Deal“ zustande. 124 geladene Zeugen, darunter Mitarbeiter des Arbeitsamtes und zahlreiche Autokäufer, haben den Prozess in die Länge gezogen.

## Sozialleistungen werden zurückgezahlt

Staatsanwaltschaft und Verteidigung einigen sich auf eine Bewährungsstrafe für die beiden Angeklagten. Herr C. bekommt ein Jahr und zehn Monate aufgebremmt, Frau C. ein Jahr Freiheitsstra-

fe. In beiden Fällen wird die Strafe für drei Jahre auf Bewährung ausgesetzt.

Und auch den finanziellen Schaden muss das Ehepaar begleichen. An die Arbeitsagentur müssen 159 000 Euro zurückgezahlt werden – genau die Summe, die zu Unrecht an die Familie gezahlt wurde. Rund 70 000 Euro davon wurden laut Staatsanwaltschaft bereits beglichen.

Zudem muss der Ehemann noch 89 000 Euro an das Finanzamt zahlen. Schon zuvor hatte er eine Summe eingezahlt. Die Immobilien im Ausland bleiben dafür unangetastet.

# „Tonfall verblüffend aggressiv“

**RECHENZENTRUM** FDP reagiert auf Kritik zu Mediation

Schöneck – Nach Auffassung der FDP-Fraktion in der Schönecker Gemeindevertretung entbehren die jüngsten Vorwürfe des Bündnisses in Richtung der Gemeinde einer sachlichen Grundlage und erweckten ungerechter Weise den Eindruck, der Gemeinde sei es mit der Durchführung eines Mediationsverfahrens im Zusammenhang mit dem geplanten Rechenzentrum im Gewerbegebiet Kilianstädten Nord II nicht ernst.

FDP-Fraktionsvorsitzende Anke Pfeil, die das Mediationsverfahren initiiert hatte (wir berichteten), hat für den Vorwurf des Bündnisses, es handle sich dabei um „Augenwischerei“, weil die Gemeindevertretung gleichzeitig die Aussetzung des Offenlageverfahrens abgelehnt hatte, kein Verständnis.

Durch die Offenlegung des Bebauungsplans erfolge eine Zusammenstellung aller dem Konflikt zugrunde liegender Fakten. Es sei kontraproduktiv, wenn die sich aus möglichen Einwendungen ergebenden Erkenntnisse nicht zu dieser Faktensammlung gelängen. Das Ergebnis komme allen Beteiligten zugute, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Zum anderen erfolge die Aufstellung des Bebauungsplans nicht für „das“ Rechenzentrum, sondern für „ein“ Gewerbegebiet. Diese Beschlusslage existiere bereits seit Juli, sodass man der Gemeinde keine Böswilligkeit unterstellen könne, weil sie den Beschluss nun umsetze.

Die Forderung der Grünen in der Gemeindevertretung, das Offenlageverfahren um sechs Monate auszusetzen, sei vor diesem Hintergrund „sachlich schlicht nicht zu rechtfertigen“ gewesen, so Pfeil, die darin eine „Verzögerungstaktik“ sieht. Allen, auch den Mitgliedern und Sympathisanten des Bündnisses, müsse stattdessen an einer zeitnahen Entscheidung gelegen sein, unabhängig davon, wie diese ausfiele.

Das Bündnis sei zudem längst hervorragend auf das Offenlageverfahren vorbereitet und stelle für Interessierte auf seiner Homepage sogar vorformulierte Einwendungen gegen das Rechenzentrum zur Verfügung. Der Tonfall des Bündnisses in Richtung der Gemeindevertretung, aber auch in Richtung Bürgermeisterin Conny Rück, sei vor diesem Hintergrund verblüffend aggressiv.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum hier eine Stimmung erzeugt wird, die nichts mehr mit sachlicher Information der Öffentlichkeit zu tun hat“, ist Pfeil irritiert. „Ich halte ein Mediationsverfahren nach wie vor für konstruktiv, gerade weil ich es für wichtig halte, den sozialen Frieden in der Gemeinde bei diesem Thema nicht aufs Spiel zu setzen.“

Im Augenblick mache es nach Pfeils Ansicht den Eindruck, als vertrete das Bündnis die Meinung, nur ein Aus für das Rechenzentrum – vielleicht sogar für das Gewerbegebiet insgesamt – sei anzustreben. Dann aber sei die Beschreitung des Rechtswegs ohne den vorherigen Versuch einer Mediation tatsächlich die folgerichtige Lösung. Schließlich koste ein Mediationsverfahren nicht nur Zeit, sondern auch Steuergelder.

Wenn das Bündnis eigentlich kein Mediationsverfahren wolle, sei auch der bereits erfolgte Spendenaufruf für eine Klage verständlich. „Andernfalls würden wir uns eine deutlich sachlichere Kommunikation wünschen“, so Pfeil. „Sonst wird ein Mediationsverfahren tatsächlich zu einer Farce.“

jow



Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **29.10.2022**

## **Neuwahl bei der Kreisjugendfeuerwehr**

**Michaela Melzer folgt auf Swen Rakete als Vorsitzende im Unterverband Hanau-Land**

**Main-Kinzig-Kreis/Schöneck/Nidderau** – Die Jugendfeuerwehr Hanau-Land ist eine Organisationsebene zwischen den Jugendfeuerwehren der Kommunen und der Kreisjugendfeuerwehr des Main-Kinzig-Kreises. Der langjährige Vorsitzende, Regionalbetreuer Swen Rakete, stellte zum Ablauf des Jahres 2022 sein Amt wegen Umzugs zur Verfügung. „Aufgrund der Entfernung macht die weitere Tätigkeit als Regionalbetreuer keinen Sinn mehr“, erklärt Rakete.

Der Kreisjugendfeuerwehrwart Volker Schulz und Swen Rakete hatten deshalb die Jugendwarte und Betreuer der unterstellten Jugendfeuerwehren zu einer Sitzung ins Feuerwehrhaus Oberdorfelden eingeladen. Hauptpunkt der Tagesordnung war entsprechend die Neuwahl. Der benannte Wahlleiter Uwe Reifenberger, seinerseits Sprecher der aktiven Feuerwehrleute im Kreis, bat das Gremium um Vorschläge.

Michaela Melzer (Jugendfeuerwehr Windecken) wurde zur Vorsitzenden und Michael Zürrer zum Stellvertretenden Vorsitzenden sowie Hans-Peter Loeb (beide Jugendfeuerwehr Kilianstädten) zum Schriftführer gewählt. Die Amtszeit beginnt zum 1. Januar 2023.

Sichtlich schwer fiel Swen Rakete der Abschied von seiner Truppe. In aller Form bedankte er sich für effektive, kameradschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der Nachwuchsarbeit. Seiner Nachfolgerin Michaela Melzer wünschte er alles Gute in ihrer neuen Funktion auf dem „Chefsessel“ des Unterverbandes Hanau-Land.

Kreisjugendwart Volker Schulz schloss sich den Dankesworten in Richtung Swen Rakete an, zumal dieser ja auch gemäß den Statuten sein Stellvertreter für den Unterverband Hanau-Land war. Eine ähnlich produktive Zusammenarbeit wünschte er sich in Blickrichtung „neue Führungsgruppe“, freute sich aber schon auf das Teamplay, da man sich ja schon lange kenne, so Schulze. jow

# Grusel ohne Grenzen

In Oberdorfelden ist dieses Jahr wieder die „Geisterbahn“ geöffnet

VON JAN-OTTO WEBER

Schöneck – Lutz Zimmermann kann es kaum erwarten. Im Gespräch mit unserer Zeitung verrät er bereits, was seine Frau, das Helferteam und er wieder alles für die großen und kleinen Besucher des Gruselhauses an der Kinzigstraße 24 vorbereitet haben. „Es gibt auf jeden Fall ein paar spektakuläre Neuheiten“, verspricht er. „Ich bin gespannt, wie die Leute reagieren werden.“

Das Wichtigste ist jedoch, dass die Besucher am Montagabend wieder die Geisterbahn beschreiten dürfen, die sich durch den Vorgarten, den Carport und die Garage erstreckt. Denn aufgrund der Corona-Maßnahmen durften seine Helfer und er im vergangenen Jahr die Besucher nur am Zaun empfangen und Süßigkeiten verteilen. Trotzdem kamen etwa 350 Kinder, wie Zimmermann berichtet.

2013 haben der pensionierte Zollbeamte und seine Frau Marina den Stein ins Rollen gebracht. Sie haben angefangen, die Kinder, die an Halloween bei ihnen geklingelt haben, an der Haustür zu erschrecken. Immer mehr Kinder und auch Erwachsene kamen in die Kinzigstraße, um „Süßes oder Saures“ zu fordern. Für manchen Heranwachsenden war es regelrecht eine Mutprobe, bei den Zimmermanns zu klingeln.

Beim einfachen Erschrecken an der Haustür blieb es daher nicht lange. Es entstand nach und nach ein ganzes Halloween-Haus mit einer Geisterbahn auf dem Grundstück. Die Nachbarn haben die Zimmermanns mit ihrer Begeisterung schnell angesteckt. Auch sie dekorieren mittlerweile ihre Vorgärten

und Hauseinfahrten um. So verwandelte sich die Stichstraße mit dem Wendehammer in einen echten „Halloween-Hammer“.

Dieses Jahr soll es sogar noch schöner werden. Seit Juni wird schon geplant, gebaut, ausprobiert und anprobiert. Nun liegen die Mitglieder des Halloween-Hammers mit ihren Vorbereitungen in

den letzten Zügen. „Das Wetter soll gut werden“, freut sich Zimmermann, „am Wochenende werden wir die finale Dekoration und die Technik installieren.“

Denn neben Figuren und Dekoartikeln arbeitet das Team auch mit Nebel-, Licht- und Soundeffekten, die über ein Mischpult gesteuert werden. Bewährtes und Bekann-

## Großer Schreck für den guten Zweck

Erstmals wird es beim „**Halloween-Hammer**“ an der **Kinzigstraße 24** im Schönecker Ortsteil Oberdorfelden die Möglichkeit geben, einen Imbiss zu sich zu nehmen. **Gastronom Tim Wegge**, ein Nachbar der Veranstalter, betreibt unter anderem in Bad Vilbel das Lokal „Genüsschen“. Am Montagabend kommt er mit seinem „**Black Pearl**“-Imbiss in die Kinzigstraße zum Gruselhaus der Familie Zimmermann und wird während des Halloween-Treibens **von 17 bis 21 Uhr** verschiedenste Dinge zur Stärkung anbieten. Wie die Veranstalter mitteilen, kommen **alle Einnahmen dem Verein Philip Julius in Bad Vilbel zugute, der Familien mit mehrfach schwerbehinderten Kindern unterstützt**. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter beraten und begleiten, wenn die Familien selbst nicht mehr weiter wissen und Hilfe benötigen. Sie organisieren **Familien-Freizeiten, Auszeitwochenenden für pflegende Eltern, Info-Abende und Treffen für Geschwisterkinder**. Auch Spenden sind willkommen. Der Besuch im „Halloween-Hammer“ ist wie immer kostenlos. jow

» [philip-julius.de](http://philip-julius.de)

tes wird wieder zu sehen und zu erleben sein. Aber eben auch Neues. „So werden wir bei entsprechend gutem Wetter zwei Superstars aus ‘Ghost-Town.eu’ begrüßen können“, kündigt Zimmermann Figuren von der in Grusel-Kreisen bekannten Verkaufs-Plattform an. „Und es wird erstmals die Möglichkeit geben, einen Imbiss zu

sich zu nehmen. Die Einnahmen kommen einem guten Zweck zugute.“ (siehe Infokasten)

Doch bei allen Effekten soll der Grusel-Spaß auf alle Fälle wieder kindgerecht werden, versichert Zimmermann. Darauf würden auch die lebendigen Erschrecker achten, die entlang des Parcours auf die Besucher lauern. „Wobei die Kinder oft weniger schreckhaft sind als die Erwachsenen“, wie Lutz Zimmermann aus Erfahrung berichtet. Wem es zwischendurch doch zu unheimlich wird, der kann die Strecke über einen „Notausgang“ verlassen.

## Keine Abstriche wegen gestiegener Energiekosten

Und auch an diejenigen, die sich aufgrund der steigenden Zahlen wegen einer Corona-Ansteckung Sorgen machen, haben die Organisatoren gedacht. „Wir haben eine Ampel geschaltet, so dass die Gruppen oder Einzelbesucher in ausreichendem Abstand durchgehen können“, erklärt Zimmermann. Er selbst wird die Gäste als „Zeremonienmeister“ in der großzügigen Wartezone begrüßen. Wer die Geisterbahn überstanden hat, dem winken zur Belohnung Süßigkeiten am Ausgang.

Um die gestiegenen Energiekosten haben sich die Zimmermanns übrigens nur kurz Gedanken gemacht. „Wir haben schnell gesagt: Für die vier Stunden ist es uns egal. Halloween ist ein Fest für die Kinder. Da werden wir keine Abstriche machen. Lieber treten wir dann im Dezember bei der Weihnachtsbeleuchtung etwas kürzer.“



## **1000 Euro Spende für Mini-Feuerwehr**

Gewinnsparmittel der Sparda-Bank für Kinder in Kilianstädten

**Schöneck** – Kürzlich konnten sich die Kinder und Betreuer der Mini-Feuerwehr aus Kilianstädten über eine Spende von 1000 Euro freuen, die sie in der Sparda-Bank Hessen eG Filiale in Bad Vilbel in Empfang nahmen. Die Wartin der jungen Brandschützer, Melanie Haas, und einige Kinder fuhren persönlich in die Quellenstadt, um den Scheck mit nach Hause zu nehmen.

„Die Spende kam wie gerufen, denn es sollen neue Shirts für die Minis angeschafft werden“, teilt die Feuerwehr Kilianstädten zur Verwendung des Geldes mit. „Und das heißt nicht mal nur ein Shirt für Jeden, sondern Shirts in mehreren Größen, für bis zu 20 Kinder im Alter

von sechs bis zehn Jahren, die über Jahre dann weiter erreicht werden. Die Freude, über die finanziellen Mittel für die geplante Anschaffung ist der Gruppe deutlich anzusehen.“

Durch den Gewinnsparverein der Sparda-Bank Hessen eG und den Verkauf von Gewinnsparlosen an Kunden der Bank, kann das Geldinstitut aus diesen Mitteln gemeinnützige Organisationen, Vereine und Stiftungen in Hessen mit Spenden und Fördermitteln unterstützen.

„Wir hatten Glück und eine Mitarbeiterin der Filiale und gleichzeitig Mama eines Kindes der Minis brachte uns und unser Anliegen ins Spiel“, Betreuerin Melanie Haas laut Mitteilung. jow

## **Gedenken der Reichspogrome in Schöneck**

Schöneck – Der 9. November 1938 ist ein mahnendes Datum dafür, dass aus bösen Gedanken hasserfüllte Worte werden und Worte des Hasses zu schrecklichen Taten führen können. „Das Gedenken an die Reichspogromnacht mahnt zur Wachsamkeit gegenüber jeglicher Form des Antisemitismus und erinnert uns an unsere besondere, historische Verantwortung für das jüdische Leben.“ Mit diesen Gedanken erinnert auch die Gemeinde Schöneck in Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden Schönecks am Mittwoch, 9. November, an die Opfer der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus.

Vor dem Rathaus in Büdesheim wird an diesem Tag um 19.30 Uhr Bürgermeisterin Cornelia Rück mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung Klaus Ditzel und Vertretern der katholischen Kirche im Rahmen einer Gedenkveranstaltung des vergangenen Schreckensregimes erinnern. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung vom evangelischen Posaunenchor Kilianstädten/Oberdorfelden. Zuvor gedenken Büdesheimer Jugendliche an die damaligen jüdischen Büdesheimer Bürger, von denen viele zur Zeit des Nationalsozialismus ermordet worden sind. Die Jugendlichen werden laut Ankündigung der Gemeindeverwaltung die Stolpersteine, die zur Erinnerung der jüdischen Büdesheimer Bürger verlegt wurden, putzen und der Menschen würdig gedenken. fmi



Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **02.11.2022**

# Neue Zentrale für Flüchtlingshilfe

Von Kilianstädten aus starten mobile Teams des DRK-Kreisverbands Hanau

**Schöneck** – Bereits seit Beginn des Krieges in der Ukraine ist der DRK-Kreisverband Hanau für Flüchtende im Einsatz – sei es im Auftrag des Main-Kinzig-Kreises beim Aufbau und dem Betrieb einer temporären Flüchtlingsunterkunft im Jugendzentrum Ronneburg oder bei der Organisation und Leitung der Spenden-Aufnahme und -Ausgabe am Hanauer Hauptbahnhof wie auch seit Anfang Juni in der mobilen Flüchtlingshilfe für den MKK. Für letzteres Team wurden dank der Unterstützung durch die Gemeinde Schöneck nun geräumige Büros als Zentrale gefunden.

Beim Ortstermin in Kilianstädten konnten sich Silvio Franke-Kißner, Leiter des Amtes für Sicherheit, Ordnung, Migration und Integration und die stellvertretende Amtsleiterin Monika Bornkessel mit Schönecks Bürgermeisterin Cornelia Rück und Stefan Betz, Geschäftsführer DRK-Kreisverband Hanau vom adäquaten Nutzungsspektrum der vier inzwischen fertig ausgestatteten Räume sowie von der effizienten Einsatzplanung durch die Teamleitung der DRK-Flüchtlingshilfe, Dr. Katharina Behmer-Prinz und Nils Ziebach überzeugen.

Behmer-Prinz war zuvor bereits in vielen Hilfsprojekten für Flüchtlinge nicht nur in Deutschland aktiv sowie unter anderem in der Forschung zu Friedenssicherungsrecht und Humanitärem Völkerrecht. Maschinenbau-Ingenieur Nils Ziebach ist dem DRK Hanau seit Langem durch seinen ehrenamtlichen Einsatz beim Ortsverein Großauheim und im Katastrophenschutz des MKK verbunden.

Das rund 20-köpfige mobile Team der DRK-Flüchtlingshilfe betreut jeweils kleine Gruppen von dezentral untergebrachten Flüchtenden im westlichen Main-Kinzig-Kreis und arbeitet hier eng mit ehrenamtlichen Gruppen in den einzelnen Kommunen zusammen, die ihrerseits Flüchtende unterstützen. Dabei liegt der Tätigkeitsschwerpunkt der DRK-Mitarbeitenden auf Gesundheits- und Sozialberatungen, bei denen sie von Kollegen mit Übersetzer-Kapazitäten unterstützt werden. „Wir sind froh, dass wir hier in Kilianstädten diese großzügig dimensionierten Räume beziehen konnten und von dieser Basis aus mit unserem Team als Unterstützung des Main-Kinzig-Kreises zur Betreuung von Flüchtenden starten können und bedanken uns bei der Gemeinde Schöneck für die schnelle und unkomplizierte Vermittlung“, sagte Kreisgeschäftsführer Stefan Betz. Auch Silvio Franke-Kißner bedankte sich bei Bürgermeisterin Cornelia Rück und dem DRK-Kreisverband Hanau für die gute Zusammenarbeit: „Was mit dem kurzfristigen Einsatz des DRK Hanau in der Flüchtlingsunterkunft Ronneburg begann, hat hier seine Fortsetzung gefunden. Wir schätzen das fachkundige und kontinuierliche Engagement sehr, ebenso die Tatsache, dass wir mit dem DRK immer, wenn es darauf ankommt, einen professionellen Partner an unserer Seite haben“, so der Amtsleiter.

Dies bekräftigte ebenso Bürgermeisterin Rück, die sich freute, den Main-Kinzig-Kreis und die Arbeit der DRK-Flüchtlingshilfe mit der Vermittlung der zuvor leer stehenden Büroräume geholfen zu haben. „Wir sind dem Kreisverband Hanau nicht zuletzt durch die motivierte ehrenamtliche Arbeit des DRK-Ortsvereins Schöneck seit vielen Jahren verbunden“, erklärte die Schönecker Rathauschefin.

Einig waren sich alle Beteiligten auch darin, dass bei Organisation, Administration, Versorgung und Betreuung für die Flüchtenden immer der Blick auf den einzelnen Menschen im Mittelpunkt stehe. fmi

Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **02.11.2022**

## **Die Schönecker verstehen sich prächtig**

**Büdesheimer Feuerwehrdelegation reist zur Partnerwehr ins Vogtland**

**Schöneck** – Die Freiwillige Feuerwehr Schöneck Büdesheim pflegt eine inzwischen langjährige Freundschaft mit der Freiwilligen Feuerwehr Schöneck im Vogtland. Vor allem die Jugendabteilungen der beiden Wehren stehen in regem Austausch. Allerdings waren wechselseitige Besuche durch die Corona- Pandemie in letzter Zeit nicht möglich gewesen.

Umso mehr freuten sich alle Beteiligten auf den Ausflug der Hessen nach Sachsen. 14 Mitglieder der Jugendfeuerwehr und elf Mitglieder der Büdesheimer Einsatzabteilung reisten über ein Wochenende ins Vogtland.

Die Hessen waren dort im Unterrichtsraum des Gerätehauses sowie bei Gastfamilien untergebracht. Doch viel Zeit wurde nicht in den Unterkünften verbracht. So besuchten die Partner-Jugendfeuerwehren zusammen mit ihren Betreuern den Freizeitpark Plohn.

Hier wurden bei bestem Wetter unter anderem Tretboote und Baumstammrutschen intensiv auf ihre Feuerwehrtauglichkeit geprüft. Währenddessen unternahmen die Mitglieder der Einsatzabteilungen eine Wanderung durch das Skigebiet in Schöneck im Vogtland und besuchten den Tag der offenen Tür der Feuerwehr Klingental. Am darauffolgenden Tag besuchten Alt und Jung gemeinsam die Hauptfeuerwehr in Oelznitz. Hier bestaunten die Hessen vor allem das neue Tanklöschfahrzeug GTLF 4000 auf einem geländegängigen Tatra-Fahrgestell. Das Fahrzeug führt 8600 Liter Wasser mit sich und ist vor allem für Waldbrände und für Brandeinsätze auf der Autobahn gedacht. Ähnliche Fahrzeuge kannten die Brandschützer aus Büdesheim bis jetzt nur vom Frankfurter Flughafen. Im Anschluss an diese Besichtigung trat man die Heimreise nach Hessen an. Das nächste Wiedersehen der Schönecker Brandschützer aus zwei Bundesländern wird es spätestens im kommenden Jahr anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Büdesheimer Jugendfeuerwehr sowie des zehnjährigen Jubiläums der Büdesheimer Minifeuerwehr geben. upn



Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **04.11.2022**

# Zwei Männer als Geldquellen ausgenutzt

**AUS DEM GERICHT** Angeklagter gesteht Erpressungen und erniedrigende Sex-Übergriffe

**Maintal/Schöneck/Hanau** – Dieser abscheuliche Fall ist nach einem umfassenden Geständnis bereits am ersten Verhandlungstag vor der 1. Großen Strafkammer aufgeklärt: Mehrere Tausend Euro hat ein 22-Jähriger von zwei Männern erpresst, die er zuvor durch Drohungen, Schläge und sogar sexuelle Übergriffe gefügig gemacht hat.

„Ich sah in ihnen eine Quelle, um weiter Geld zu machen“, sagt der junge Schönecker, der etwas zerknirscht neben seinem Rechtsanwalt Timo Schmelz auf der Anklagebank sitzt. Sein Verteidiger übernimmt es, das „umfassende Geständnis“ für seinen Mandanten vorzulesen. Darin macht der 22-Jährige „reinen Tisch“, bittet die beiden Opfer um Entschuldigung und stellt fest, dass er „große Schuld“ auf sich geladen hat.

Es ist eine Flucht nach vorne, denn bereits zum Start der Hauptverhandlung stellt der Vorsitzende Richter Dr. Mirko Schulte fest, dass es eine „dichte Beweislage“ gebe.

Bereits im Vorfeld des Prozessauftritts haben Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung den Fall erörtert. Dabei seien Zahlen genannt worden, die laut Schulte „erschreckend“ sein könnten. Zumindest für den Angeklagten, der – je nach Aussageverhalten – vorläufig mit einer Freiheitsstrafe zwischen acht und zwölf Jahren rechnen dürfte.

Doch der Verteidiger setzt alles daran, dass die zu erwartende Strafe gering ausfällt. So seien bereits 4000 Euro an Schmerzensgeld an eines der Opfer gezahlt worden. Die Anwältin der Nebenklage nickt. Das Geld ist bereits eingegangen. Das sei jedoch noch keineswegs der gesamte Betrag, ist sich der Verteidiger sicher.

Denn die Vorwürfe, die Staatsanwältin Ines Roser an diesem Morgen vorträgt, sind heftig: Zwei Männer im Alter von 20 und 25 Jahren hat sich der Angeklagte zwischen Januar und April als Opfer ausgesucht und über Wochen gefügig gemacht. Immer wieder fordert er Geld, beginnt mit 50 Euro. Dann nimmt er Handys und Computer weg, fordert für deren Herausgabe höhere Beträge. Mal 850 Euro, mal 1250 Euro.

Offenbar hat er den Hanauer und den Maintaler derart beeindruckt, dass diese das Geld herausrücken. Dann werden die zwei gezwungen, Handyverträge abzuschließen oder Bankkonten zu eröffnen. Die Bankkarten sowie die Daten verkauft der 22-Jährige anschließend an Dunkelmänner, die Konten offenbar für kriminelle Machenschaften brauchen.

Dann kommt eines der Opfer an den Punkt, dass alle Ersparnisse aufgebraucht sind. Die Drohungen lassen nicht nach, der Angeklagte kommt mit Verstärkung. Es setzt Schläge und schließlich unterzeichnet einer der Männer einen „Schuldschein“, auf dem eine sehr große Zahl steht: 46 000 Euro.

Der andere Mann dagegen wird zwischen Dörnigheim und Bischofsheim in eine Falle gelockt, aus dem Auto gezerrt, verprügelt und beraubt.

„Sie haben gemacht, was ich wollte“, beschreibt der Angeklagte die Wirkung seiner Drohkulisse rückblickend. Doch dabei bleibt es nicht. Der andere Mann wird das Opfer sexueller Übergriffe, die die Staatsanwältin als „besonders erniedrigende“ bezeichnet. Sie nennt die fürchterlichen Details, denn diese sind von der Kriminalpolizei exakt ermittelt worden. Nicht nur durch Zeugenaussagen, sondern auch als Videos. Diese soll der Angeklagte während der Übergriffe und Misshandlungen gemacht haben.

Das Gericht, das die Wahrheit herausfinden und feststellen muss, wird diese Beweise wohl sehen müssen. Doch der Vorsitzende macht unmissverständlich klar, dass es in diesem Fall auch um den Schutz der Opfer geht. Daher kündigt er an, dass ein Teil des Prozesses unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden könnte, um die Intimsphäre zu schützen. Der Prozess soll bis Mitte Dezember fortgesetzt werden.

## **Rechenzentrum: Mediation kommt zustande**

**Schöneck** – In der jüngsten Sitzung des Gemeindeparlaments wurde mit großer Mehrheit entschieden, dem Bündnis lebenswertes Schöneck Gespräche zur Planung des neuen Rechenzentrums im Rahmen eines Mediationsverfahrens anzubieten. Am gleichen Abend wurde dem Wunsch des Bündnisses auf Aussetzung des Verfahrens zum Bebauungsplan, damit keine weiteren Tatsachen geschaffen werden, nicht nachgekommen. Das Verfahren zur Verabschiedung des Bebauungsplans wird aktuell fortgeführt. Die Offenlegung des Bebauungsplans erfolgte am 24. Oktober, die Frist für die Bürger zum Vortragen von Einwendungen hat die Gemeinde für den 24. November bestimmt. Dieses Vorgehen wurde vom Bündnis kritisiert (wir berichteten).

Wie das Bündnis mitteilt, hat die Gemeinde Schöneck nun, fast drei Wochen nach der Beschlussfassung, die Kritiker der Pläne für das Rechenzentrum kontaktiert und angefragt, „ob dort Bereitschaft zur Durchführung von Gesprächen im Rahmen eines Mediationsverfahrens besteht“. Das Bündnis habe inzwischen seine Bereitschaft mitgeteilt, wie es heißt. Weiter erklärte das Bündnis gegenüber der Gemeinde, dass es davon ausgeht, dass während des Mediationsverfahrens keine weiteren Beschlüsse bezüglich der Planung des Rechenzentrums gefasst werden. Man hoffe auf ergebnisoffene Gespräche.

Zur Durchführung der Offenlegung des Bebauungsplans hatte die FDP-Fraktion Schöneck erklärt, dass gerade dadurch Einwände gegen den B-Plan vorgebracht werden könnten, die in die Mediationsgespräche aufgenommen würden. fmi



## Oberdorfelden bekommt einen „Teo“

Eröffnung erfolgt am 1. Dezember

**Schöneck** – Das Auto stehen lassen und zu Fuß die wichtigsten Einkäufe erledigen können – das wird für Anwohner Oberdorfeldens in Kürze wieder möglich sein. Die Gemeinde Schöneck und der Lebensmitteleinzelhändler Tegut haben gemeinsam den Weg für einen sogenannten „Teo“ geebnet. Darüber informiert das Unternehmen in einer Pressemitteilung. Mithilfe von installierten Selbstscanning-Kassen können die Bewohner des Ortsteils Oberdorfelden demnächst rund um die Uhr einkaufen.

Mit einem Sortiment von mehr als 950 Produkten auf 50 Quadratmetern sei der „Teo“ gut sortiert, und die Kunden finden alles, was sie für den täglichen Bedarf be-

nötigen, heißt es in der Mitteilung. „Wir freuen uns sehr darüber, dass es uns gelungen ist, ‘Teo’ nach Oberdorfelden zu holen“, erklärt Bürgermeisterin Cornelia Rück (SPD). „Mit dem ‘Teo’ haben wir ein passendes Konzept gefunden, die Nahversorgerlücke vor Ort zu schließen.“

Im November 2020 ist der erste „Teo“ von Tegut in Fulda an den Start gegangen und ist mittlerweile in vielen Regionen zu finden. So wird der „Teo“ in Schöneck-Oberdorfelden bereits der vierte im Main-Kinzig-Kreis sein – neben den Standorten in Hanau, Gelnhausen und Steinau. Weitere werden noch in diesem Jahr folgen. Die Eröffnung des „Teo“ in Oberdorfelden ist für Donnerstag, 1. Dezember, geplant. fmi

# Rechenzentrum: Mediation kommt

**SCHÖNECK** Bündnis hofft auf ergebnisoffene Gespräche mit der Gemeinde

In der jüngsten Sitzung des Gemeindeparkaments wurde mit großer Mehrheit entschieden, dem Bündnis lebenswertes Schöneck Gespräche zur Planung des neuen Rechenzentrums im Rahmen eines Mediationsverfahrens anzubieten. Am gleichen Abend wurde dem Wunsch des Bündnisses auf Aussetzung des Verfahrens zum Bebauungsplan, damit keine weiteren Tatsachen geschaffen werden, nicht nach-

gekommen. Das Verfahren zur Verabschiedung des Bebauungsplans wird aktuell fortgeführt.

Die Offenlegung des Bebauungsplans erfolgte am 24. Oktober, die Frist für die Bürger zum Vortragen von Einwendungen hat die Gemeinde für den 24. November bestimmt. Dieses Vorgehen wurde vom Bündnis kritisiert (wir berichteten).

Wie das Bündnis mitteilt, hat die Gemeinde Schöneck nun, fast

drei Wochen nach der Beschlussfassung, die Kritiker der Pläne für das Rechenzentrum kontaktiert und angefragt, „ob dort Bereitschaft zur Durchführung von Gesprächen im Rahmen eines Mediationsverfahrens besteht“.

Das Bündnis habe inzwischen seine Bereitschaft mitgeteilt, wie es heißt. Weiter erklärte das Bündnis gegenüber der Gemeinde, dass es davon ausgeht, dass während des Mediationsverfah-

rens keine weiteren Beschlüsse bezüglich der Planung des Rechenzentrums gefasst werden. Man hoffe auf ergebnisoffene Gespräche.

Zur Durchführung der Offenlegung des Bebauungsplans hatte die FDP-Fraktion Schöneck erklärt, dass gerade dadurch Einwände gegen den B-Plan vorgebracht werden könnten, die in die Mediationsgespräche aufgenommen würden. fmi



Ausschnitt aus **Hanauer Anzeiger** vom **04.11.2022**

# Zwei Männer als Geldquellen ausgenutzt

**AUS DEM GERICHT** Angeklagter gesteht Erpressungen und erniedrigende Sex-Übergriffe

**Maintal/Schöneck/Hanau** – Dieser abscheuliche Fall ist nach einem umfassenden Geständnis bereits am ersten Verhandlungstag vor der 1. Großen Strafkammer aufgeklärt: Mehrere Tausend Euro hat ein 22-Jähriger von zwei Männern erpresst, die er zuvor durch Drohungen, Schläge und sogar sexuelle Übergriffe gefügig gemacht hat.

„Ich sah in ihnen eine Quelle, um weiter Geld zu machen“, sagt der junge Schönecker, der etwas zerknirscht neben seinem Rechtsanwalt Timo Schmelz auf der Anklagebank sitzt. Sein Verteidiger übernimmt es, das „umfassende Geständnis“ für seinen Mandanten vorzulesen. Darin macht der 22-Jährige „reinen Tisch“, bittet die beiden Opfer um Entschuldigung und stellt fest, dass er „große Schuld“ auf sich geladen hat.

Es ist eine Flucht nach vorne, denn bereits zum Start der Hauptverhandlung stellt der Vorsitzende Richter Dr. Mirko Schulte fest, dass es eine „dichte Beweislage“ gebe.

Bereits im Vorfeld des Prozessauftritts haben Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung den Fall erörtert. Dabei seien Zahlen genannt worden, die laut Schulte „erschreckend“ sein könnten. Zumindest für den Angeklagten, der – je nach Aussageverhalten – vorläufig mit einer Freiheitsstrafe zwischen acht und zwölf Jahren rechnen dürfte.

Doch der Verteidiger setzt alles daran, dass die zu erwartende Strafe gering ausfällt. So seien bereits 4000 Euro an Schmerzensgeld an eines der Opfer gezahlt worden. Die Anwältin der Nebenklage nickt. Das Geld ist bereits eingegangen. Das sei jedoch noch keineswegs der gesamte Betrag, ist sich der Verteidiger sicher.

Denn die Vorwürfe, die Staatsanwältin Ines Roser an diesem Morgen vorträgt, sind heftig: Zwei Männer im Alter von 20 und 25 Jahren hat sich der Angeklagte zwischen Januar und April als Opfer ausgesucht und über Wochen gefügig gemacht. Immer wieder fordert er Geld, beginnt mit 50 Euro. Dann nimmt er Handys und Computer weg, fordert für deren Herausgabe höhere Beträge. Mal 850 Euro, mal 1250 Euro.

Offenbar hat er den Hanauer und den Maintaler derart beeindruckt, dass diese das Geld herausrücken. Dann werden die zwei gezwungen, Handyverträge abzuschließen oder Bankkonten zu eröffnen. Die Bankkarten sowie die Daten verkauft der 22-Jährige anschließend an Dunkelmänner, die Konten offenbar für kriminelle Machenschaften brauchen.

Dann kommt eines der Opfer an den Punkt, dass alle Ersparnisse aufgebraucht sind. Die Drohungen lassen nicht nach, der Angeklagte kommt mit Verstärkung. Es setzt Schläge und schließlich unterzeichnet einer der Männer einen „Schuldschein“, auf dem eine sehr große Zahl steht: 46 000 Euro.

Der andere Mann dagegen wird zwischen Dörnigheim und Bischofsheim in eine Falle gelockt, aus dem Auto gezerrt, verprügelt und beraubt.

„Sie haben gemacht, was ich wollte“, beschreibt der Angeklagte die Wirkung seiner Drohkulisse rückblickend. Doch dabei bleibt es nicht. Der andere Mann wird das Opfer sexueller Übergriffe, die die Staatsanwältin als „besonders erniedrigende“ bezeichnet. Sie nennt die fürchterlichen Details, denn diese sind von der Kriminalpolizei exakt ermittelt worden. Nicht nur durch Zeugenaussagen, sondern auch als Videos. Diese soll der Angeklagte während der Übergriffe und Misshandlungen gemacht haben.

Das Gericht, das die Wahrheit herausfinden und feststellen muss, wird diese Beweise wohl sehen müssen. Doch der Vorsitzende macht unmissverständlich klar, dass es in diesem Fall auch um den Schutz der Opfer geht. Daher kündigt er an, dass ein Teil des Prozesses unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden könnte, um die Intimsphäre zu schützen. Der Prozess soll bis Mitte Dezember fortgesetzt werden.